
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>2 - 3</u>
Arbeitsunfall	<u>4 - 9</u>
Wegeunfall	<u>10 -13</u>
Berufskrankheiten	<u>14 - 15</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>16 -17</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>18</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>19</u>
Beitrag	<u>20 – 21</u>
Regress / Haftungsbeschränkung	<u>22 – 23</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>24 – 25</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>26 – 27</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>28</u>
Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)	<u>29 - 30</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Versicherter Personenkreis

- 07 Mithilfe einer in einem Supermarkt nahezu in Vollzeit beschäftigten Ehefrau im Gaststättenbetrieb ihres Ehemannes – Unfall beim Ausladen von Getränkekisten für die Gaststätte – Ehefrau nicht nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII versichert – Ehefrau auch nicht als Angestellte in der Gaststätte des Ehemannes geführt – Senat geht von einer sog. Wie-Beschäftigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII aus – Mithilfe der Ehefrau im Betrieb ihres Mannes geht über eheliche Gefälligkeitsleistung hinaus – Revision zugelassen – Rechtsfrage ungeklärt, ob Möglichkeit einer Versicherung als mitarbeitender Ehegatte eine sog. Wie-Beschäftigung ausschließt – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 10.08.2017 – L 21 U 85/16 – DOK 312:322 [413 - 424](#)
- 09 Kein Erstattungsanspruch für Behandlungskosten bei Freundschaftsdienst – Zur Frage der Beschäftigung gem. § 2 Abs. 2 SGB VII bei einer Tätigkeit für die Patentante des Sohnes – Abgrenzung des Merkmals der Arbeitnehmerähnlichkeit zur Unternehmerähnlichkeit – hier weitgehend selbständige Handlungsausführung durch Verletzten – Gesamtbild der Tätigkeit in einem größeren zeitlichen Zusammenhang hier nicht arbeitnehmerähnlich – Tätigkeit mit dem Vertragstypus eines Werkvertrages oder Auftrages mit Werkvertragscharakter vergleichbar – Urteil des BSG vom 20.03.2018 – B 2 U 16/16 R – DOK 163.14: 312 [510 - 520](#)
- 09 Begleitung eines Großwagens in einem Karnevalsanzug als Zugordner – wegen zu geringen Sicherheitsabstand zum Wagen von diesem erfasst worden – tödliche Verletzung – Verletzter war Mitglied im Karnevalsverein – kein Arbeitsunfall – keine versicherte Tätigkeit als Beschäftigter – keine sog. „Wie-Beschäftigung“ nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Verfolgung rein mitgliedschaftlicher Pflichten zum Karnevalsverein – keine Hinweise, dass Verstorbenen den Veranstalter unterstützen wollte – Urteil des LSG Hamburg vom 27.06.2018 – L 2 U 28/17 – DOK 312:374.28:470 [521 - 528](#)
- 10 Versicherungspflicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 SGB VII – Praxis für energetische Körperarbeit – korrekte Veranlagung zum Gefahrtarif und in der Unternehmerpflichtversicherung – Unternehmen des Gesundheitswesens – keine Abrechnungsfähigkeit der Behandlungen nach dem SGB V erforderlich – nicht maßgeblich, ob Behandlung der ärztlichen Kunst entspricht – Beitragsbescheide verstoßen nicht [572 - 580](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- gegen Grundrechte oder europäisches Wettbewerbsrecht – Veranlagung nach der Mindestversicherungssumme – Urteil des BSG vom 19.06.2018 – B 2 U 9/17 R – DOK 311.09
- 10 Mithilfe einer in einem Supermarkt nahezu Vollzeit-Beschäftigten im Gaststättenbetrieb ihres Ehemannes – Unfall beim Ausladen von Getränkekisten für die Gaststätte – Ehefrau nicht nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII versichert – Ehefrau auch nicht als Angestellte in der Gaststätte des Ehemannes geführt – vorliegend sog. „Wie-Beschäftigung“ nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Mithilfe der Ehefrau im Betrieb ihres Mannes geht über eheliche Gefälligkeitsleistung hinaus – sog. „Wie-Beschäftigung“ wird nicht durch die Ehe der Klägerin mit dem Unternehmer ausgeschlossen – keine Anhaltspunkte hierfür im Familienrecht – Möglichkeit der freiwilligen Versicherung nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII hindert nicht die Annahme einer Versicherung nach § 2 Abs. 2 S. 1 SGB VII – Urteil des BSG vom 19.06.2018 – B 2 U 32/17 R – DOK 312:322 [592 - 605](#)
- 11 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am Ringfinger – Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – keine Mitwirkungspflicht der Verunfallten am Gaststättenbesuch – zufällig gebildete Teilnehmergruppe – Eigeninitiative der Teilnehmenden – kein Einfluss der Klinik darauf – Gaststättenbesuche gehören inhaltlich nicht in eine Therapiemaßnahme – Freizeitaktivität – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 23.03.2018 – L 8 U 3286/17 – DOK 311.151:374.287 [616 - 628](#)
- 11 Streitiger Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII – Pflege des Vaters – Absaugen von Lungenflüssigkeit – Gang zum Haustüröffnen – dabei Sturz auf die Schulter – Arbeitsunfall anerkannt – Haustüröffnen für Sanitätshausmitarbeiter – Tätigkeit fällt unter § 14 Abs. 4 Nr. 4 SGB XI – hauswirtschaftliche Versorgung des zu Pflegenden: hier Einkaufen – unerheblich, ob Ware nach Hause bestellt oder im Sanitätshaus eingekauft wird – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 21.06.2018 – L 6 U 106/16 – DOK 311.17:374.284 [629 - 635](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Arbeitsunfall

- 02 Unfall einer selbständigen kraft Satzung versicherten Friseurmeisterin – Friseurgeschäft im Erdgeschoss des Wohnhauses – betrieblich genutzter Waschraum in der Privatwohnung im Obergeschoss des Wohnhauses – Unfall im Wohnflur vor dem auch betrieblich genutzten Waschraum – Wohnflur der Privatwohnung muss zur betrieblichen Nutzung des Waschraums durchschritten werden – Sprunggelenksfraktur der Friseurmeisterin durch Sturz im Wohnflur – Arbeitsunfall bei versichertem Betriebsweg – objektivierte Handlungstendenz der Friseurmeisterin maßgeblich – sie war auf die Erledigung der Geschäftswäsche gerichtet – Kriterium der quantitativen geschäftlichen Nutzung des Unfallortes ist nicht mehr alleine ausschlaggebend – Gesamtschau aller Umstände des Einzelfalles erforderlich – Urteil des BSG vom 31.08.2017 – B 2 U 9/16 R – DOK 322:371.1:371.2:371.2:374.2 [69 - 75](#)
- 02 Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Beginn des Weges zur versicherten Tätigkeit mit Durchsteigen eines Wohnungsfensters in einem Mehrfamilienhaus – Wohnungstür konnte nicht durchschritten werden – Schlüssel abgebrochen – Außenhaustür war nicht erreichbar – grundsätzlich ist Außenhaustür für den Start des versicherten Weges bei einem Mehrfamilienhaus maßgeblich – hier umständehalber ausnahmsweise das Durchsteigen des Fensters als Startpunkt des versicherten Weges zulässig – versichert ist die Fortbewegung zum Ort der versicherten Tätigkeit – objektivierte Handlungstendenz des Klägers war erkennbar – Urteil des BSG vom 31.08.2017 – B 2 U 2/16 R – DOK 372.11:374.26:374.27 [84 - 91](#)
- 02 Vorzeitiger Arbeitsantritt einer Haushälterin unmittelbar nach ihrer Urlaubsrückkehr – sofort zu erledigende Reinigungsarbeiten und Einkäufe auf einem Gut – Holen der Gutsschlüssel und ihres PKW'S für die Einkäufe aus dem Haus ihrer Eltern – Sturz beim Durchschreiten der Haustür der Eltern – Holen der Schlüssel unumgänglich notwendig zur Erledigung der versicherten Tätigkeit – ausnahmsweise in der GUU versicherte Vorbereitungshandlung – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 27.09.2016 – L 3 U 51/16 – DOK 374.2:378 [101 - 115](#)
- 03 Infektion eines Säuglings mit dem Erreger Pseudomonas aeruginosa – nachfolgende Meningitis – Versicherungsschutz nach § 539 Abs. 1 Nr. 17a RVO – kein Arbeitsunfall – fehlende Unfallkausalität [134 - 141](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
– vielfältige Infektionsmöglichkeiten – Infektionsursache nicht aufklärbar – keine BK nach Nr. 3101 BKV – Verfahren nach § 44 SGB X – Urteil des LSG NRW vom 19.09.2017 – L 15 U 326/16 – DOK 310:374.2:376.3-3101	
03 Sturz einer Sales Managerin auf ihrer häuslichen Kellertreppe – Rückkehr von einer Messe zum Zweck eines beabsichtigten dienstlichen Telefonats – dienstlich und privat genutzte Räumlichkeiten im Keller – kein Arbeitsunfall – kein versicherter Betriebsweg nach § 8 Abs. 1 SGB VII – Außenhaustür und Tür zum häuslich genutzten Arbeitszimmer trennen dienstliche und private Räume voneinander – Kellertreppe kommt keine wesentliche dienstliche Nutzung zu – kein Befördern von Arbeitsmaterial nach § 8 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII durch Mitführen von Laptop und anderen Utensilien – Urteil des Bayerischen LSG vom 05.04.2017 – L 2 U 101/14 – DOK 371.1:371.8:374.2	142 - 158
03 Kein Arbeits-, bzw. Wegeunfall – Abbremsen des PKW, um nach links in eine Parkbucht abzubiegen – Handlungstendenz dabei auf Ansehen einer SMS gerichtet – privates Handy – kein betrieblicher Bezug nachgewiesen – keine geringfügige Unterbrechung – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.09.2017 – L 9 U 764/16 – DOK 372.12:374.14	164 - 172
04 Tätliche Auseinandersetzung in den Geschäftsräumen einer Spedition – Vorgesetzte schlägt LKW-Fahrer wegen vermeintlich unwahrer Behauptungen – Arbeitsunfall anerkannt – betriebsbedingtes Motiv – Vorgesetzte verteidigte ihrer Rolle als Chefin – Behauptungen des LKW-Fahrers hatten ebenfalls betrieblichen Bezug – hinreichend wahrscheinlicher Zusammenhang zwischen Tätlichkeit und versicherter Beschäftigung – Urteil des Bayerischen LSG vom 12.10.2017 – L 17 U 329/15 – DOK 370.2:374.286	213 - 220
05 Unfall im Rahmen eines Probearbeitstages – Sturz von einer LKW-Laderampe – multiple Frakturen – versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 SGB VII gegeben – Arbeit nach Weisung – Eingliederung in das Unternehmen – Arbeit wie regulär Beschäftigte verrichtet – betriebsdienliche Kenntnisse erworben – Vorstellungsgespräch war zuvor schon erfolgt – Revision zugelassen, da Arbeit in Probearbeitsverhältnissen nicht geklärt – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 14.12.2017 – L 6 U 82/15 – DOK 311.01:374	243 - 250
05 Abgabe eines Rucksacks am Service Point der Bahn – Behandlung des Rucksacks durch die Versicherte als Fundsache – Polizei wirft	251 - 258

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- der Versicherten die Entwendung von Wertsachen vor – Mitnahme aufs Revier, Durchsuchung und Leibesvisitation – nachfolgende psychische Belastungsreaktion ist Arbeitsunfall – polizeiliche Maßnahmen kausal durch die berufliche Tätigkeit verursacht – keine Unterbrechung der Arbeit durch privat veranlasste Verrichtung – keine freie Willensentscheidung der Versicherten gegenüber polizeilichen Maßnahmen – Klärung des Diebstahlvorwurfs liegt im Interesse des Arbeitgebers – Urteil des Hessischen LSG vom 17.10.2017 – L 3 U 70/14 – DOK 370.1:374.28
- 05 Durchschreiten der Außenhaustür, um Fahrt zur Arbeit mit dem auf dem Grundstück abgestellten PKW anzutreten – Verlassen des Grundstücks, um Straße auf Glätte zu überprüfen – auf dem Rückweg zum PKW Sturz und Unterarmbruch – eigenwirtschaftliche Unterbrechung des versicherten Weges – versichert ist nur der unmittelbare Weg zur Arbeitsstätte – keine versicherte Vorbereitungshandlung – versicherte Vorbereitungshandlungen in § 8 Abs. 2 SGB VII abschließend aufgelistet – hier keine Ausweitung des Versicherungsschutzes auf nicht in § 8 Abs. 2 SGB VII aufgezählte Vorbereitungshandlungen – eigenwirtschaftliche Unterbrechung war noch nicht beendet – Urteil des BSG vom 23.01.2018 – B 2 U 3/16 R – DOK 372.12:374.28 [259 - 268](#)
- 06 Unfall auf dem Weg zur Toilette bei einem Grillabend – Fraktur des oberen Sprunggelenks – versicherte betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII gegeben – Veranstaltung war noch nicht beendet – Grad der Alkoholisierung der Versicherten war nicht so hoch, dass sie nicht mehr an der Veranstaltung hätte teilnehmen können – Urteil des SG Dortmund vom 01.02.2018 – S 18 U 211/15 – DOK 311.01:374.111 [317 - 325](#)
- 06 Knieverletzung bei der Landung in einer Weitsprunggrube – Verunfallte war Mitglied des Leistungskaders der DDR – deshalb untergebracht in der KJS, Schule mit Internat, mit der Möglichkeit, dort Schulabschluss zu erwerben – Zuständigkeit des UVT aus § 218 SGB VII i.d.F. vom 07.08.1996 – § 1150 RVO maßgeblich – Unfall ereignete sich nicht bei versicherter Tätigkeit nach § 539 Abs. 1 Nr. 14b RVO – derartige Sportwettkämpfe fanden in der DDR in der Verantwortung des Deutschen Turn- und Sportbundes statt – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.01.2018 – L 9 U 4847/16 – DOK 311.082:318 [326 - 338](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
06 Schrei in das Ohr einer Erzieherin – Ohrenscherzen und dumpfes Ohrgefühl beklagt – Kosten-erstattung für einen Tinnitusmasker – Voraussetzungen für analoge Anwendung v. § 13 Abs. 3 S. 1 SGB V nicht gegeben – kein Anspruch auf Heilmittelversorgung – Kinderschrei ist nicht geeignet, bleibende Hörschäden zu verursachen – Urteil des SG Dortmund vom 22.01.2018 – S 17 U 1041/16 – DOK 375:413	339 - 342
07 Unfall beim Sportunterricht, hier Tauziehen – Aufstehen auf Kommando aus dem Sitzen vor dem Tauziehen – Schüler beklagt nach dem Aufstehen Schmerzen – Handgelenksdistorsion als Unfallfolge anerkannt – eingetretene Fraktur des Kahnbeins als Unfallfolge vom UVT abgelehnt, da kein Sturz berichtet wurde – operative Versorgung des Kahnbeinbruchs – Zusammenhangsgutachten bestätigt, dass das plötzliche Aufstehen aus dem Sitzen mit Belastung des Handgelenks geeignete Unfallursache ist – Urteil des Thüringer LSG vom 01.03.2018 – L 1 U 611/16 – DOK 311.082:375.322	405 - 412
07 Mithilfe einer in einem Supermarkt nahezu in Vollzeit beschäftigten Ehefrau im Gaststättenbetrieb ihres Ehemannes – Unfall beim Ausladen von Getränkeboxen für die Gaststätte – Ehefrau nicht nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII versichert – Ehefrau auch nicht als Angestellte in der Gaststätte des Ehemannes geführt – Senat geht von einer sog. Wie-Beschäftigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII aus – Mithilfe der Ehefrau im Betrieb ihres Mannes geht über eheliche Gefälligkeitsleistung hinaus – Revision zugelassen – Rechtsfrage ungeklärt, ob Möglichkeit einer Versicherung als mitarbeitender Ehegatte eine sog. Wie-Beschäftigung ausschließt – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 10.08.2017 – L 21 U 85/16 – DOK 312:322	413 - 424
07 Arbeitsunfall beim Drehen einer Kabeltrommel von 1.300 kg zusammen mit Kollegen – Achillessehnenruptur rechts – frische traumatische Läsion – keine vorbestehenden degenerativen Veränderungen festgestellt – Wegdrücken des rechten Fußes vom Boden mit sehr großer Kraftanstrengung ist ein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis – es bedarf keines ungewöhnlichen Geschehens, ein alltäglicher Vorgang reicht aus – Achillessehnenruptur mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wesentlich durch das Ereignis verursacht worden, da es als Bedingung nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass der Schaden ausgeblieben wäre – nicht erkennbar, dass eine unversicherte Ursache wie z. B. ein degenerativer Vorschaden vorgelegen hat – keine Gelegenheitsursache – kein	438 - 449

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Rückschluss auf die Vorschädigung der Sehne, da die Sehne regelmäßig der vom Wadenmuskel aufgebauten Kraft widersteht – nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch die Ruptur einer gesunden Achillessehne infolge bestimmter Kraftentfaltung möglich – soll allein durch den Hergang ein Vorschaden nachgewiesen werden, trägt der Unfallversicherungsträger die Beweislast für den genauen Hergang – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 16.11.2017 – L 6 U 64/16 – DOK 375.34
- 08 Rechtsstreit um die Anerkennung weiterer Unfallfolgen – Kläger verstirbt im Laufe des Berufungsverfahrens – Ehefrau führt den Prozess als Miterbin fort – zunächst zulässige Berufung des Klägers wird daraufhin unzulässig – fehlende Verletzung eigener Rechte der Klägerin – keine Klagebefugnis der Ehefrau – kein Fall des § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB I – § 59 S.1 SGB I einschlägig – Klagerecht des Klägers ist mit seinem Tod erloschen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.04.2018 – L 10 U 317/15 – DOK 401.8:111 [491 - 494](#)
- 08 Arbeitsunfall mit der Unfallfolge Knalltrauma – Kostenübernahme für eine hyperbare Sauerstofftherapie beantragt – Ablehnung des UVT – Kostenerstattung streitig nach selbstbeschaffter Sauerstofftherapie – Kostenerstattung abgelehnt – Sachleistungsprinzip in der GUV – Anspruch auf Kostenerstattung nur analog § 13 Abs. 3 SGB V – hier verneint – fehlender Wirksamkeitsnachweis für hyperbare Sauerstofftherapie – Urteil des SG Münster vom 05.04.2018 – S 3 U 11/16 – DOK 412.313:412.52 [495 - 499](#)
- 09 Begleitung eines Großwagens in einem Karnevalsanzug als Zugordner – wegen zu geringen Sicherheitsabstand zum Wagen von diesem erfasst worden – tödliche Verletzung – Verletzter war Mitglied im Karnevalsverein – kein Arbeitsunfall – keine versicherte Tätigkeit als Beschäftigter – keine sog. „Wie-Beschäftigung“ nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Verfolgung rein mitgliedschaftlicher Pflichten zum Karnevalsverein – keine Hinweise, dass Verstorbener den Veranstalter unterstützen wollte – Urteil des LSG Hamburg vom 27.06.2018 – L 2 U 28/17 – DOK 312:374.28:470 [521 - 528](#)
- 10 Mithilfe einer in einem Supermarkt nahezu Vollzeit-Beschäftigten im Gaststättenbetrieb ihres Ehemannes – Unfall beim Ausladen von Getränkekisten für die Gaststätte – Ehefrau nicht nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII versichert – Ehefrau auch nicht als Angestellte in der Gaststätte des Ehemannes geführt – vorliegend sog. „Wie-Beschäftigung“ nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Mithilfe der Ehefrau im [592 - 605](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Betrieb ihres Mannes geht über eheliche Gefälligkeitsleistung hinaus – sog. „Wie-Beschäftigung“ wird nicht durch die Ehe der Klägerin mit dem Unternehmer ausgeschlossen – keine Anhaltspunkte hierfür im Familienrecht – Möglichkeit der freiwilligen Versicherung nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VII hindert nicht die Annahme einer Versicherung nach § 2 Abs. 2 S. 1 SGB VII – Urteil des BSG vom 19.06.2018 – B 2 U 32/17 R – DOK 312:322
- 12 Beinahe-Zusammenstoß zwischen Zug und PKW – PKW unter der Schranke eingeklemmt – Schranke und PKW beschädigt – Fahrdienstleiter erlebt den Zusammenstoß – Annahme, dass noch ein Fahrer im PKW ist, der diesen aber verließ – Erleben der eigenen Handlungsunfähigkeit – Arbeitsunfall anerkannt – rein psychische Verursachung ausreichend – traumatische Belastungsstörung – psychosomatische und depressive Störungen des Fahrdienstleiters – Dienstuntauglichkeit – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 19.04.2018 – L 6 U 150/14 – DOK 370:375.0 [694 - 703](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Wegeunfall

- 02 Streitiger Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Anhalten auf dem Weg zur Arbeit und Verlassen des PKW's zum „Semmelkauf“ – Umkehr vor Aufsuchen der Bäckerei und dabei gestürzt – nicht nur geringfügige Unterbrechung beim Zurücklegen des versicherten Weges – Unterbrechung war noch nicht beendet – Ende der Unterbrechung erfordert eine für einen objektiven Beobachter von außen erkennbare Handlung – nämlich hier Fortsetzen der Fahrt – hier keine Fortsetzung des unterbrochenen Weges gegeben, weil KFZ noch nicht wieder erreicht war – Urteil des BSG vom 31.08.2017 – B 2 U 1/16 R – DOK 372.11:372.12 [76 - 83](#)
- 02 Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Beginn des Weges zur versicherten Tätigkeit mit Durchsteigen eines Wohnungsfensters in einem Mehrfamilienhaus – Wohnungstür konnte nicht durchschritten werden – Schlüssel abgebrochen – Außenhaustür war nicht erreichbar – grundsätzlich ist Außenhaustür für den Start des versicherten Weges bei einem Mehrfamilienhaus maßgeblich – hier umständehalber ausnahmsweise das Durchsteigen des Fensters als Startpunkt des versicherten Weges zulässig – versichert ist die Fortbewegung zum Ort der versicherten Tätigkeit – objektivierte Handlungstendenz des Klägers war erkennbar – Urteil des BSG vom 31.08.2017 – B 2 U 2/16 R – DOK 372.11:374.26:374.27 [84 - 91](#)
- 02 Unterbrechung des Weges von der Arbeitsstätte nach Hause – Einkauf in einer Metzgerei – Sturz auf dem Weg zur Fahrtür nachdem die Einkäufe auf den Beifahrersitz gelegt wurden – Einkauf von Lebensmitteln nach Beendigung der Arbeit zum häuslichen Verzehr ist eigenwirtschaftlich – kein versicherter Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Heimweg wurde unterbrochen mit vollständigem Abbremsen des PKW – Unterbrechung war noch nicht beendet – ursprünglicher Weg war noch nicht wieder aufgenommen worden – Urteil des BSG vom 31.08.2017 – B 2 U 11/16 R – DOK 372.12:374.284 [92 - 100](#)
- 02 Vorzeitiger Arbeitsantritt einer Haushälterin unmittelbar nach ihrer Urlaubsrückkehr – sofort zu erledigende Reinigungsarbeiten und Einkäufe auf einem Gut – Holen der Gutsschlüssel und ihres PKW'S für die Einkäufe aus dem Haus ihrer Eltern – Sturz beim Durchschreiten der Haustür der Eltern – Holen der Schlüssel unumgänglich notwendig zur Erledigung der versicherten Tätigkeit – [101 - 115](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
ausnahmsweise in der GUV versicherte Vorbereitungshandlung – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 27.09.2016 – L 3 U 51/16 – DOK 374.2:378	
03 Anhalten auf dem Nachhauseweg nach der Arbeit – Sturz beim Aussteigen, um privaten Brief einzuwerfen – Unterbrechung des versicherten Weges nicht beendet – privat motivierte Handlungstendenz – Urteil des Sächsischen LSG vom 04.05.2017 – L 2 U 124/15 – DOK 372.12:374.28	159 - 163
03 Kein Arbeits-, bzw. Wegeunfall – Abbremsen des PKW, um nach links in eine Parkbucht abzubiegen – Handlungstendenz dabei auf Ansehen einer SMS gerichtet – privates Handy – kein betrieblicher Bezug nachgewiesen – keine geringfügige Unterbrechung – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.09.2017 – L 9 U 764/16 – DOK 372.12:374.14	164 - 172
04 Tätlicher Angriff auf einen Schüler auf dem Heimweg von einer Projektarbeit – Realisierung einer schülergruppentypischen Wegegefahr – Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – außerschulische Projektarbeit als versicherte Tätigkeit nach § 8 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII – Schnittstelle zwischen elterlicher Sorge und schulischem Verantwortungsbereich – Urteil des BSG vom 23.01.2018 – B 2 U 8/16 R – DOK 311.082:372.1:374.114:374.26	203 - 212
05 Durchschreiten der Außenhaustür, um Fahrt zur Arbeit mit dem auf dem Grundstück abgestellten PKW anzutreten – Verlassen des Grundstücks, um Straße auf Glätte zu überprüfen – auf dem Rückweg zum PKW Sturz und Unterarmbruch – eigenwirtschaftliche Unterbrechung des versicherten Weges – versichert ist nur der unmittelbare Weg zur Arbeitsstätte – keine versicherte Vorbereitungshandlung – versicherte Vorbereitungshandlungen in § 8 Abs. 2 SGB VII abschließend aufgelistet – hier keine Ausweitung des Versicherungsschutzes auf nicht in § 8 Abs. 2 SGB VII aufgezählte Vorbereitungshandlungen – eigenwirtschaftliche Unterbrechung war noch nicht beendet – Urteil des BSG vom 23.01.2018 – B 2 U 3/16 R – DOK 372.12:374.28	259 - 268
07 Wegeunfall – Fahrtantritt zur Arbeit nicht von der eigenen Wohnung, sondern der der Partnerin – deutlich längere Wegstrecke – Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII bejaht – nicht nur gelegentliche Nutzung zweier Wohnbereiche – erweiterter häuslicher Bereich angenommen – entspricht heutiger Lebensrealität –	425 - 437

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Abstellen auf die Länge der Wegstrecke verursacht Benachteiligungen – Rechtsprechung zum sog. „dritten Ort“ führt zu nicht vorhersehbarer Kasuistik – Verwaltungsverfahren nach § 44 SGB X – Revision anhängig – Urteil des LSG NRW vom 13.12.2017 – L 10 U 448/17 – DOK 372.11
- 08 Streitiger Wegeunfall – plötzliches Aufleuchten der Tankanzeige vor der Fahrt von der Arbeit nach Hause – Unfall im Zusammenhang mit dem Tankvorgang – fragliche Unvorhersehbarkeit der Tanknotwendigkeit – Begriff der Unvorhersehbarkeit vom BSG nicht definiert – nach LSG erforderlich, dass Tanken objektiv und subjektiv unvorhersehbar war – hier eigenwirtschaftliche Unterbrechung des Weges nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII – Revision zugelassen – Urteil des Thüringischen LSG vom 19.04.2018 – L 1 U 1165/17 – DOK 372.12 [483 - 490](#)
- 09 Unfall auf dem Weg zur Arbeit – Kollision beim Überholen mit anderem PKW – multiple Frakturen – Verlassen der Wohnung mehr als vier Stunden vor Dienstbeginn – Aufsuchen eines Waschalons zum Waschen eines Dienstparkas – Dienstbekleidungspflicht bestand nicht – angeblich geplante dienstliche Besprechungen nach dem Waschalonbesuch nicht substantiiert vorgetragen – daher keine gemischte Handlungstendenz anzunehmen – „Zwei-Stunden-Rechtsprechung“ des BSG vorliegend nicht einschlägig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 29.06.2018 – L 8 U 4324/16 – DOK 372.12 [529 - 539](#)
- 09 Hinterbliebenenleistungen abgelehnt – Tod der Versicherten nicht infolge eines Versicherungsfalls – nicht auf direktem Weg – Einschlafen im Zug und Fahrt über Heimatbahnhof hinaus – Verbleiben im Zug führt zur Unterbrechung des versicherten Weges – nicht geringfügig – tödlicher Unfall beim Überqueren der Bahngleise um Gegenzug zu erreichen – Versicherte befindet sich auf Abweg – Abweg erst beendet, wenn direkter Weg wieder erreicht – Einschlafen eigenwirtschaftlich – Abweg beruht auf in der Person begründeten eigenwirtschaftlichen Gründen und war nicht wegen der Beschaffenheit des Weges erforderlich – Handlungstendenz unerheblich wenn sich Versicherte aus eigenwirtschaftlichen Gründen auf diesem Teil des Weges befindet – betriebsbedingter Schlafmangel konnte nicht festgestellt werden – Unaufklärbarkeit dieser anspruchsbegründenden Tatsache geht zu Lasten der Kläger – Schichtarbeit alleine reicht für die Annahme betriebsbedingten Schlafmangels nicht aus – Urteil des Thüringer LSG vom [540 - 545](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
08.01.2018 – L 1 U 900/17 – DOK 372.12:374.28:370.3	
10 Unfall auf dem Rückweg von der ersten Arbeitssuchendmeldung mit anschließendem Vermittlungsgespräch in der Arbeitsagentur – Versicherungspflicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 14a SGB VII – nach Aufnahmegespräch ist die Meldeobliegenheit nach § 38 Abs. 1 S. 2 AGB III erloschen – Bitte, auf anschließendes, sofortiges Vermittlungsgesprächsgespräch zu warten, ist Aufforderung i.S.d. § 2 Abs. 1 Nr. 14a SGB VII – kein erneutes Aufsuchen der Arbeitsagentur „von außen“ erforderlich – zur Auslegung des § 38 Abs. 1 S. 6 i.V.m. § 309 SGB III – Urteil des BSG vom 19.06.2018 – B 2 U 1/17 R – DOK 311.14:372.1	581 - 591
11 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am Ringfinger – Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – keine Mitwirkungspflicht der Verunfallten am Gaststättenbesuch – zufällig gebildete Teilnehmergruppe – Eigeninitiative der Teilnehmenden – kein Einfluss der Klinik darauf – Gaststättenbesuche gehören inhaltlich nicht in eine Therapiemaßnahme – Freizeitaktivität – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 23.03.2018 – L 8 U 3286/17 – DOK 311.151:374.287	616 - 628

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Berufskrankheiten

- 03 Infektion eines Säuglings mit dem Erreger *Pseudomonas aeruginosa* – nachfolgende Meningitis – Versicherungsschutz nach § 539 Abs. 1 Nr. 17a RVO – kein Arbeitsunfall – fehlende Unfallkausalität – vielfältige Infektionsmöglichkeiten – Infektionsursache nicht aufklärbar – keine BK nach Nr. 3101 BKV – Verfahren nach § 44 SGB X – Urteil des LSG NRW vom 19.09.2017 – L 15 U 326/16 – DOK 310:374.2:376.3-3101 [134 - 141](#)
- 06 Kein Vorliegen einer BK 2108 bei einem Schlosser – Vorliegen der arbeitstechnischen Voraussetzungen bei einer Gesamtbelastungsdosis von 13,2 MNh – kein hinreichend wahrscheinlicher Zusammenhang zwischen Exposition und bandscheibenbedingter Wirbelsäulenerkrankung bei Vorliegen der Konstellation B 3 der Konsensempfehlungen – Weitergeltung dieser Konsensempfehlungen bis zu deren Entgegentreten durch eine Mehrheit von Fachwissenschaftlern – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 09.11.2017 – L 15 U 692/15 – DOK 376.3 - 2108 [343 - 352](#)
- 06 Nachweis einer okkulten Hepatitis C konnte nicht erbracht werden – keine rentenberechtigende Folge der anerkannten BK 3101 (Infektionskrankheiten) nachweisbar – keine wissenschaftliche Erkenntnis, dass vorliegend eine akute Hepatitis C gegeben ist – daher auch keine rentenberechtigende MdE feststellbar – zu den beweisrechtlichen Anforderungen bei einer Erkrankung – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 01.02.2018 – L 3 U 92/15 – DOK 376.3 - 3101 [353 - 366](#)
- 07 BK 2112: Keine separate Feststellung der Gonarthrose am linken oder rechten Knie – Einheitlichkeit des Vorliegens der Erkrankung – eine nach dem Stichtag gem. § 6 Abs. 3 S. 1 BKV eingetretene Erkrankung des anderen Knies führt nicht zu einem weiteren Versicherungsfall der BK 2112 – wirkungserhaltende Auslegung des § 6 Abs. 3 S. 1 BKV führt zur Gleichsetzung des Begriffs „Versicherungsfall“ mit „Erkrankung“ – keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Rechtmäßigkeit der Übergangsvorschrift des § 6 Abs. 3 S. 1 BKV – Urteil des BSG vom 20.03.2018 – B 2 U 5/16 R – DOK 376.3-2112 [450 - 457](#)
- 11 Verfahren gem. § 44 SGB X – BK-Report 1/2014 „Aromatische Amine“ – zwar nur kurzzeitige Exposition, aber niedriges Alter für Auftreten des Blasenkrebses – (mäßiger) Zigarettenkonsum als Faktor, der die berufliche Exposition verstärkt hat – Anerkennung [636 - 655](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

einer BK Nr. 1301 – Urteil des Hessischen LSG vom 19.06.2018 – L
3 U 129/13 – DOK 376.3-1301

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 02 Weiterzahlung der Waisenrente bei Zweitausbildung – Die Regelung der Unterhaltungspflicht im bürgerlichen Recht nach § 1610 Abs. 2 BGB ist nicht „einschlussweise“ in § 67 Abs. 1 Nr. 1. Abs. 3 S. 1 Nr. 2 Buchst. a SGB VII enthalten – Revision zugelassen wegen unterschiedlicher Auffassungen verschiedener Landessozialgerichte – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 05.10.2017 – L 6 U 2014/17 – DOK 474 [116 - 129](#)
- 05 Basilaris Migräne und Instabilität und Blockierungen der HWS hier keine Unfallfolgen – auf Kopf und Nacken fallender Autoreifen mit Felge hatte nur Gehirnerschütterung und Verstauchung sowie Zerrung der HWS zur Folge – keine Pflicht des Gerichts zur Einholung eines weiteren Gutachtens von Amts wegen auf orthopädisch-chirurgischen Fachgebiet – Beschwerdefreiheit vor einem Unfallereignis allein kann nicht die Ursächlichkeit des Unfalls für die Beschwerden belegen – Urteil des LSG Thüringen vom 04.04.2018 – L 1 U 715/17 – DOK 375 [269 - 275](#)
- 08 Rechtsstreit um die Anerkennung weiterer Unfallfolgen – Kläger verstirbt im Laufe des Berufungsverfahrens – Ehefrau führt den Prozess als Miterbin fort – zunächst zulässige Berufung des Klägers wird daraufhin unzulässig – fehlende Verletzung eigener Rechte der Klägerin – keine Klagebefugnis der Ehefrau – kein Fall des § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB I – § 59 S.1 SGB I einschlägig – Klagerecht des Klägers ist mit seinem Tod erloschen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.04.2018 – L 10 U 317/15 – DOK 401.8:111 [491 - 494](#)
- 08 Arbeitsunfall mit der Unfallfolge Knalltrauma – Kostenübernahme für eine hyperbare Sauerstofftherapie beantragt – Ablehnung des UVT – Kostenerstattung streitig nach selbstbeschaffter Sauerstofftherapie – Kostenerstattung abgelehnt – Sachleistungsprinzip in der GUV – Anspruch auf Kostenerstattung nur analog § 13 Abs. 3 SGB V – hier verneint – fehlender Wirksamkeitsnachweis für hyperbare Sauerstofftherapie – Urteil des SG Münster vom 05.04.2018 – S 3 U 11/16 – DOK 412.313:412.52 [495 - 499](#)
- 09 Sturz eines KFZ-Mechanikers auf eine Fensterkurbel bei der Arbeit – Erstdiagnose Bursitis trochanterica links und Hüftprellung – Anerkennung einer Hüftprellung als Arbeitsunfallfolge durch den UVT – Unfallfolgen in Folge des Sturzes streitig – Bursitis trochanterica [546 - 554](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- links und Besiedlung dieses Schleimbeutels mit dem Keim Staphylococcus aureus sowie Besiedlung einer Hüft-Totalendprothese mit dem Keim geltend gemacht – diese Unfallfolgen nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststellbar – keine Prellmarken, lokale Hämatome oder Gewebseinblutungen nach dem Sturz festgestellt – Sonografie ohne entsprechende Ergebnisse – Strukturelle Läsionen von tiefliegendem Gewebe ohne entsprechende oberflächliche Läsionen nicht plausibel – Urteil des LSG NRW vom 28.02.2018 – L 10 U 759/16 – DOK 374:375.317
- 10 Keine Verletztenrente für einen vorübergehend mitarbeitenden Familienangehörigen bei einem landwirtschaftlichen Unfall – MdE unter 30 v.H. und damit unterhalb der Schwelle des § 80a Abs.1 S.1 SGB VII – kein Verstoß dieser vom Grundsatz des § 56 SGB VII abweichenden Regelung gegen Art. 3 und 14 GG – Urteil des BSG vom 20.03.2018 – B 2 U 11/17 R – DOK 311.05: 450: 212 [561 - 571](#)
- 10 Beginn der BK-Rente bei einem noch geringfügig beschäftigten Altersrentner am Tag nach dem Versicherungsfall – § 46 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 SGB VII auch in dem Fall anwendbar, wenn eine der dort genannten Leistungen schon seit Jahren bezogen wird – keine Zahlung von Verletztengeld – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 19.03.2018 – L 2 U 114/16 – DOK 431.3:453 [606 - 614](#)
- 12 Beinahe-Zusammenstoß zwischen Zug und PKW – PKW unter der Schranke eingeklemmt – Schranke und PKW beschädigt – Fahrdienstleiter erlebt den Zusammenstoß – Annahme, dass noch ein Fahrer im PKW ist, der diesen aber verließ – Erleben der eigenen Handlungsunfähigkeit – Arbeitsunfall anerkannt – rein psychische Verursachung ausreichend – traumatische Belastungsstörung – psychosomatische und depressive Störungen des Fahrdienstleiters – Dienstuntauglichkeit – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 19.04.2018 – L 6 U 150/14 – DOK 370:375.0 [694 - 703](#)
- 12 Arbeitsunfall mit subtotaler Amputation des Zeigefingers – Streit um rentenberechtigende MdE aufgrund psychiatrischer Folgen – Rentenbewilligung für einen vorübergehenden Zeitraum – kein wirksamer gerichtlicher Vergleich im Hinblick auf die Anwendbarkeit von § 48 SGB X – Voraussetzungen einer posttraumatischen Belastungsstörung – Vollbeweis für sogen. A-Kriterium nicht gegeben – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.07.2018 – L 6 U 2309/17 – DOK 375:451 [704 - 721](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 09 Minderung des Regressanspruchs des UVT bei Apothekenrechnungen – Geltendmachung einer Schadensminderungspflicht des UVT - § 116 Abs. 1 SGB X, § 254 BGB – Einkauf von Hilfsmitteln durch den Geschädigten über ein Vergleichsportal für Medikamente und Einkauf in einer Onlineapotheke verlangt – Unzumutbarkeit dieses Verlangens – keine Schadensminderungspflicht – Onlineeinkauf zu aufwändig – Bezahlrisiko im Internet – keine Beratung durch Onlineapotheke – Verzugszinsen nach § 286 BGB – Urteil des AG Ravensburg vom 28.06.2018 – 10 C 802/17 – DOK 061:413.0:750.0:751 [503 - 509](#)
- 11 Sturz einer Schülerin aus einem Eilzug – Hirnschäden und Verlust des Unterarms – Gewährung von Kleider- und Wäskemehrverschleiß – Übergang der Ansprüche aus §§ 823, 843 BGB auf den UVT – § 116 SGB X – Gericht an Bescheid des UVT über Gewährung von Kleider- und Wäskemehrverschleiß gebunden – § 118 SGB X – deshalb keine Entscheidung mehr des Gerichts über die haftungsausfüllende Kausalität – Urteil des LG Frankfurt vom 05.09.2018 – 2-01 S 260/17 – DOK 413.7:750.0:753.3 [656 – 660](#)
- 12 Keine Erstattung von Parkgebühren anlässlich einer vom UVT bewilligten psychotherapeutischen Behandlung – kein Anspruch aus § 43 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 SGB VII – kein Anspruch aus UV-Reisekostenrichtlinien – nur Verwaltungsvorschrift – keine Außenwirkung – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 23.05.2018 – L 3 U 84/16 – DOK 410 [722 - 733](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 08 Vorstandsvorsitzender einer AG, die im Gesundheitswesen tätig ist – keine eigene Unternehmerstellung – § 2 Abs. 1 Nr. 9 SGB VII hier nicht einschlägig – „wie ein Unternehmer tätige Person“ nur in „§ 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchst. c SGB VII genannt – keine analoge Anwendung des § 150 Abs. 2 S. 2 SGB VII bezüglich eigener Beitragspflicht – Urteil des BSG vom 20.03.2018 – B 2 U 13/16 R – DOK 311.09: 511.12: 543.2: 754.1 [474 - 482](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Beitrag

- 02 Keine Beitragspflicht für Beschäftigte, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind - § 128 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII bestimmt die Beitragsfreiheit für diese Personen – Anlehnung an die herrschende Meinung zu dieser Frage – kein Verstoß gegen den Grundsatz, dass Versicherungsschutz nur gegen Beitragsleistung erbracht wird – Prinzip der Haftungsersetzung nicht verletzt – kein Verstoß gegen Kartellrechts- oder Wettbewerbsvorschriften – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.05.2017 – L 16 U 19/16 – DOK 121.5: 530 [33 - 48](#)
- 02 Keine Beitragspflicht für Beschäftigte, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind – § 128 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII bestimmt die Beitragsfreiheit für diese Personen – Anlehnung an die herrschende Meinung zu dieser Frage – kein Verstoß gegen den Grundsatz, dass Versicherungsschutz nur gegen Beitragsleistung erbracht wird – Prinzip der Haftungsersetzung nicht verletzt – kein Verstoß gegen Kartellrechts- oder Wettbewerbsvorschriften – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.05.2017 – L 16 U 18/16 – DOK 121.5: 530 [49 - 58](#)
- 02 Keine Beitragspflicht für Beschäftigte, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind – § 128 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII bestimmt die Beitragsfreiheit für diese Personen – Anlehnung an die herrschende Meinung zu dieser Frage – kein von § 2 SGB VII abweichender Versichertenbegriff in § 185 Abs. 2 SGB VII – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.05.2017 – L 16 U 29/16 – DOK 121.5: 530 [59 - 68](#)
- 03 Beitragshaftung des Bauunternehmers für Subunternehmer – Wertgrenze hier nicht erreicht – Vertrag zwischen Bauherr und Bauunternehmer entscheidend – Keine Ausfallhaftung des Hauptunternehmers für Nachunternehmer – Kein Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung – Urteil des BSG vom 26.10.2017 – B 2 U 1/15 R – DOK 541: 543.9 [173 – 178](#)
- 05 Rechtswidrigkeit eines Beitragsbescheides – zugrundeliegende Satzungsregelung verstößt gegen Art. 3 GG und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Normimmanenter Wertungswiderspruch nicht von in § 162 SGB VII enthaltenem Gestaltungsspielraum gedeckt – Satzungsregelung geht über Pauschalregelungen immer immanenten Härten hinaus – Punktezuordnung wegen „Neufestsetzung einer

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Rente“ zu undifferenziert – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 26.01.2018 – L 8 U 1680/17 – DOK 531:533.1
- 10 Versicherungspflicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 SGB VII – Praxis für energetische Körperarbeit – korrekte Veranlagung zum Gefahrtarif und in der Unternehmerpflichtversicherung – Unternehmen des Gesundheitswesens – keine Abrechnungsfähigkeit der Behandlungen nach dem SGB V erforderlich – nicht maßgeblich, ob Behandlung der ärztlichen Kunst entspricht – Beitragsbescheide verstoßen nicht gegen Grundrechte oder europäisches Wettbewerbsrecht – Veranlagung nach der Mindestversicherungssumme – Urteil des BSG vom 19.06.2018 – B 2 U 9/17 R – DOK 311.09 [572 - 580](#)
- 11 Rechtmäßigkeit eines Beitragsbescheides – 5 % Zuschlag ist satzungskonform erhoben worden – kein Verstoß der Satzung gegen höherrangiges Recht – insbesondere kein Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Rückwirkungsverbot hier nicht verletzt – wegen abweichender Bewertung eines vergleichbaren Sachverhalts durch das LSG-Baden-Württemberg Revision zum BSG – Urteil des Bayerischen LSG vom 28.02.2018 – L 2 U 200/15 – DOK 531:533.1 [666-16885](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Regress / Haftungsbeschränkung

- 04 Weiterer Verdienstausfallschaden nach einem Arbeitsunfall – Oberfeuerwehrmann, Kommunikationselektriker bei einer Werksfeuerwehr – Umschulung zum Industriekaufmann – erfolgreiche neue Beschäftigung über Jahre – Umstrukturierung des Betriebs – Angebot einer geänderten Tätigkeit – Umzug erforderlich und internationale Tätigkeit – Aufhebungsvertrag – neue Tätigkeit nicht mit Kindererziehung vereinbar – betriebsbedingter Kündigung sollte zuvor gekommen werden – Verwirklichung eines eigenen Lebensrisikos von OLG angenommen – Nichtzulassungsbeschwerde erfolgreich – Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs durch das OLG nach Art. 103 Abs. 1 GG – für Zäsur im Zurechnungszusammenhang obliegt dem Beklagten die Beweislast – Beschluss des BGH vom 14.11.2017 – VI ZR 92/17 – DOK 010:06.1:095.1 [181 - 193](#)
- 04 Kommanditist als Geschäftsführer der Komplementärgesellschaft – kein Unternehmer i.S.d. § 104 SGB VII – kein Unternehmerrisiko – Haftung des Kommanditisten beschränkt auf Einlage – Beschluss des BGH vom 19.09.2017 – VI ZR 497/16 – DOK 754 [236 - 240](#)
- 06 Verkehrsunfall eines jungen Mannes direkt nach Abschluss der Lehre zum Kfz-Mechaniker und des Zivildienstes – Haftungsquote im Zivilprozess 50% – Rentenversicherungsträger macht Regressanspruch nach §§ 116, 119 SGB X geltend – Haftungsquote wirkt gegenüber den Beklagten auch in der Regressklage wegen Übernahme diesbezüglichen Vortrags – Bindungswirkung nach § 108 SGB VII – einfache und notwendige Hinzuziehung nach § 12 Abs. 2 SGB X – Prognose über die zukünftige Erwerbsaussicht des Versicherten nach § 252 BGB – keine allzu hohen Anforderungen an die Prognose – kein Risikoabschlag vom Erwerbsschaden – kein Verstoß gegen die Schadensminderungspflicht – Tariflohn des Kfz-Gewerbes zugrunde zu legen – Erstattungsfähigkeit einer Reha-Maßnahme – Zinsanspruch nach § 288 BGB – Urteil des Saarländischen OLG vom 18.01.2018 – 4 U 50/16 – DOK 750.0:751.1:753.3 [367 - 404](#)
- 07 Weiterer Schadensersatz aus einem Verkehrsunfall – Zusammenstoß zweier rückwärts ausparkender Kfz – hälftiger Mitverschuldensanteil beider Fahrzeugführer – Verstoß gegen die §§ 9 Abs. 5, 10 S. 1 StVO – „Anderer Verkehrsteilnehmer“ ist jede Person, die sich verkehrserheblich verhält – §§ 9 Abs. 5, 10 S. 1 StVO finden [458 - 466](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- nicht nur Anwendung im fließenden Durchgangsverkehr – Gegenansicht ist mit dem Wortlaut der Vorschriften nicht vereinbar – Urteil des BGH vom 15.05.2018 – VI ZR 231/17 – DOK 750.12:751.1
- 09 Minderung des Regressanspruchs des UVT bei Apothekenrechnungen – Geltendmachung einer Schadensminderungspflicht des UVT - § 116 Abs. 1 SGB X, § 254 BGB – Einkauf von Hilfsmitteln durch den Geschädigten über ein Vergleichsportale für Medikamente und Einkauf in einer Onlineapotheke verlangt – Unzumutbarkeit dieses Verlangens – keine Schadensminderungspflicht – Onlineeinkauf zu aufwändig – Bezahrisiko im Internet – keine Beratung durch Onlineapotheke – Verzugszinsen nach § 286 BGB – Urteil des AG Ravensburg vom 28.06.2018 – 10 C 802/17 – DOK 061:413.0:750.0:751 [503 - 509](#)
- 10 Verkehrsunfall aus 2003 – beklagte Haftpflichtversicherung im Rahmen eines Teilanerkennnisurteils verpflichtet, dem Geschädigten sämtliche Schäden zu ersetzen – Beklagte verweigert Zahlung von Rezept- und Fahrtkosten aus den Jahren 2008-2010 – Erhebung der Einrede der Verjährung – geltend gemachte Rezept- und Fahrtkosten keine regelmäßig wiederkehrende Leistungen i.S.d. § 197 Abs. 2 BGB – keine Geltung der regelmäßigen dreijährigen Verjährungsfrist – Urteil des OLG Oldenburg vom 28.08.2018 – 2 U 66/18 – DOK 061:753.4 [556 - 560](#)
- 11 Sturz einer Schülerin aus einem Eilzug – Hirnschäden und Verlust des Unterarms – Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß – Übergang der Ansprüche aus §§ 823, 843 BGB auf den UVT – § 116 SGB X – Gericht an Bescheid des UVT über Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß gebunden – § 118 SGB X – deshalb keine Entscheidung mehr des Gerichts über die haftungsausfüllende Kausalität – Urteil des LG Frankfurt vom 05.09.2018 – 2-01 S 260/17 – DOK 413.7:750.0:753.3 [656 – 660](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 03 Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG in einem erstinstanzlichen BK-Verfahren – Weiterleitung des Gutachtens an den Beratungsarzt des UVT – § 1 VerpflG – Beratungsarzt hatte sich zur Wahrung des Datenschutzes und der Geheimhaltung verpflichtet – Beratungsarzt ist nicht „Dritter“ im Sinne der §§ 67, 76 SGB X – Weitergabe der Sozialdaten des Klägers nicht unzulässig nach § 84 SGB X – kein Anspruch auf Entfernung der beratungsärztlichen Stellungnahme aus den Verwaltungsakten – Mutwillskosten nach § 192 SGG – Urteil des LSG NRW vom 15.08.2017 – L 15 U 369/17 – DOK 154.6:154.3 [130 - 133](#)
- 04 Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X – komplexes regionales Schmerzsyndrom (CRPS) als mittelbare Unfallfolge – Rechtsgrundlage – §§ 547 ff. RVO, da Unfall vom 5.5.1995 – Ausführungsbescheid nach SG-Urteil – § 44 SGB X auch hierauf anwendbar – Zugrundelegung der dort anerkannten Unfallfolgen – CRPS als weitere Unfallfolge anzuerkennen – Urteil des BSG vom 26.10.2017 – B 2 U 6/16 R – DOK 143.261; 375.21 [194 - 202](#)
- 04 Sozialgerichtliches Verfahren – Verwertbarkeit eines Sachverständigenbeweises – mögliche Verletzung des § 407a ZPO im Sozialverwaltungsverfahren – Verwertungsverbot – persönliche Untersuchung durch den Sachverständigen – orthopädisches Fachgebiet – Verstoß gegen § 200 Abs. 2 SGB VII – gesetzliche Unfallversicherung – Verletztenrente – MdE in rentenberechtigter Höhe – allgemeine unfallmedizinische Erfahrungssätze – Anlageleiden – richtunggebende Verschlimmerung – unfallbedingte Kahnbeinfraktur der Hand – anlagebedingte Arthrose – Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 28.10.2016 – L 14 U 266/14 – DOK 412.8 [221 - 235](#)
- 05 Sozialgerichtliches Verfahren – Verwertbarkeit eines Sachverständigenbeweises – mögliche Verletzung des § 407a ZPO im Sozialverwaltungsverfahren – Verwertungsverbot – persönliche Untersuchung durch den Sachverständigen – orthopädisches Fachgebiet – Verstoß gegen § 200 Abs. 2 SGB VII – gesetzliche Unfallversicherung – Verletztenrente – MdE in rentenberechtigter Höhe – allgemeine unfallmedizinische Erfahrungssätze – Anlageleiden – richtunggebende Verschlimmerung – unfallbedingte Distorsion der Hand – Vorschaden am Mondbein – Urteil des Landessozialgerichts [276 - 291](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Niedersachsen-Bremen vom 28.10.2016 – L 14 U 267/14 – DOK 375:412.8	
07 Wegeunfall – Fahrtantritt zur Arbeit nicht von der eigenen Wohnung, sondern der der Partnerin – deutlich längere Wegstrecke – Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII bejaht – nicht nur gelegentliche Nutzung zweier Wohnbereiche – erweiterter häuslicher Bereich angenommen – entspricht heutiger Lebensrealität – Abstellen auf die Länge der Wegstrecke verursacht Benachteiligungen – Rechtsprechung zum sog. „dritten Ort“ führt zu nicht vorhersehbarer Kasuistik – Verwaltungsverfahren nach § 44 SGB X – Revision anhängig – Urteil des LSG NRW vom 13.12.2017 – L 10 U 448/17 – DOK 372.11	425 - 437
09 Kein Erstattungsanspruch für Behandlungskosten bei Freundschaftsdienst – Zur Frage der Beschäftigung gem. § 2 Abs. 2 SGB VII bei einer Tätigkeit für die Patentante des Sohnes – Abgrenzung des Merkmals der Arbeitnehmerähnlichkeit zur Unternehmerähnlichkeit – hier weitgehend selbständige Handlungsausführung durch Verletzten – Gesamtbild der Tätigkeit in einem größeren zeitlichen Zusammenhang hier nicht arbeitnehmerähnlich – Tätigkeit mit dem Vertragstypus eines Werkvertrages oder Auftrages mit Werkvertragscharakter vergleichbar – Urteil des BSG vom 20.03.2018 – B 2 U 16/16 R – DOK 163.14: 312	510 - 520
09 Hinterbliebenenleistungen abgelehnt – Tod der Versicherten nicht infolge eines Versicherungsfalls – nicht auf direktem Weg – Einschlafen im Zug und Fahrt über Heimatbahnhof hinaus – Verbleiben im Zug führt zur Unterbrechung des versicherten Weges – nicht geringfügig – tödlicher Unfall beim Überqueren der Bahngleise um Gegenzug zu erreichen – Versicherte befindet sich auf Abweg – Abweg erst beendet, wenn direkter Weg wieder erreicht – Einschlafen eigenwirtschaftlich – Abweg beruht auf in der Person begründeten eigenwirtschaftlichen Gründen und war nicht wegen der Beschaffenheit des Weges erforderlich – Handlungstendenz unerheblich wenn sich Versicherte aus eigenwirtschaftlichen Gründen auf diesem Teil des Weges befindet – betriebsbedingter Schlafmangel konnte nicht festgestellt werden – Unaufklärbarkeit dieser anspruchsbegründenden Tatsache geht zu Lasten der Kläger – Schichtarbeit alleine reicht für die Annahme betriebsbedingten Schlafmangels nicht aus – Urteil des Thüringer LSG vom 08.01.2018 – L 1 U 900/17 – DOK 372.12:374.28:370.3	540 - 545

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 03 Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG in einem erstinstanzlichen BK-Verfahren – Weiterleitung des Gutachtens an den Beratungsarzt des UVT – § 1 VerpflG – Beratungsarzt hatte sich zur Wahrung des Datenschutzes und der Geheimhaltung verpflichtet – Beratungsarzt ist nicht „Dritter“ im Sinne der §§ 67, 76 SGB X – Weitergabe der Sozialdaten des Klägers nicht unzulässig nach § 84 SGB X – kein Anspruch auf Entfernung der beratungsärztlichen Stellungnahme aus den Verwaltungsakten – Mutwillskosten nach § 192 SGG – Urteil des LSG NRW vom 15.08.2017 – L 15 U 369/17 – DOK 154.6:154.3 [130 - 133](#)
- 04 Sozialgerichtliches Verfahren – Verwertbarkeit eines Sachverständigenbeweises – mögliche Verletzung des § 407a ZPO im Sozialverwaltungsverfahren – Verwertungsverbot – persönliche Untersuchung durch den Sachverständigen – orthopädisches Fachgebiet – Verstoß gegen § 200 Abs. 2 SGB VII – gesetzliche Unfallversicherung – Verletztenrente – MdE in rentenberechtigter Höhe – allgemeine unfallmedizinische Erfahrungssätze – Anlageleiden – richtunggebende Verschlimmerung – unfallbedingte Kahnbeinfraktur der Hand – anlagebedingte Arthrose – Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 28.10.2016 – L 14 U 266/14 – DOK 412.8 [221 - 235](#)
- 06 Unzulässigkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde – Anforderungen an die Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde – Begründungsfrist ist selbstständige Frist – Beginn der Begründungsfrist mit Zustellung des Urteils – Vorlage einer Beschwerdebegründung des Klägers reicht nicht aus – Beschwerdebegründung muss erkennbar Ergebnis der eigenen geistigen Arbeit des Prozessbevollmächtigten sein – eigenständige Prüfung, Sichtung und rechtliche Durchdringung des Streitstoffs durch den Prozessbevollmächtigten muss erkennbar sein – Beschluss des BSG vom 01.06.2017 – B 8 SO 24/17 B – DOK 182.22:186.3 [314 - 316](#)
- 08 Widerspruch ohne aufschiebende Wirkung – einstweiliger Rechtsschutz beim Sozialgericht zeitgleich mit dem eingelegten Widerspruch beantragt – kein Kontakt zur Behörde aufgenommen vor einstweiligem Rechtsschutzantrag – kein Anspruch auf Kostenübernahme für das einstweilige Rechtsschutzverfahren – Rechtsschutzbedürfnis fehlt, wenn Rechtsschutzziel unschwer bei Behörde erreichbar – keine Willkür des Fachgerichts – Art 3 Abs. 1, 19 Abs. 4 [468 - 473](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- GG nicht verletzt – Nichtannahmebeschluss des BVerfG vom 14.03.2018 – 1 BvR 300/18 – DOK 010:186.2:187
- 08 Rechtsstreit um die Anerkennung weiterer Unfallfolgen – Kläger verstirbt im Laufe des Berufungsverfahrens – Ehefrau führt den Prozess als Miterbin fort – zunächst zulässige Berufung des Klägers wird daraufhin unzulässig – fehlende Verletzung eigener Rechte der Klägerin – keine Klagebefugnis der Ehefrau – kein Fall des § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB I – § 59 S.1 SGB I einschlägig – Klagerecht des Klägers ist mit seinem Tod erloschen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.04.2018 – L 10 U 317/15 – DOK 401.8:111 [491 - 494](#)
- 12 Anspruch auf rechtliches Gehör – Anspruch auf Anhörung gerichtlicher Sachverständiger im sozialgerichtlichen Verfahren – Gericht darf Antrag nicht völlig übergehen oder deshalb nicht nachkommen, weil ihm selbst das Gutachten nicht erörterungsbedürftig erscheint – Fachgericht darf Beteiligte vorrangig auf den Vortrag schriftlicher Fragen verweisen, es sei denn mündliche Befragung hätte erkennbaren Mehrwert – Beschwerdeführer hat sich nicht hinreichend mit den Maßstäben zu den Grenzen des Anspruchs auf Anhörung von Sachverständigen auseinandergesetzt – Nichtannahmebeschluss des BVerfG vom 02.05.2018 – 1 BvR 2420/15 – DOK 010:182.16 [688 - 693](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 04 Weiterer Verdienstausfallschaden nach einem Arbeitsunfall – Oberfeuerwehrmann, Kommunikationselektriker bei einer Werksfeuerwehr – Umschulung zum Industriekaufmann – erfolgreiche neue Beschäftigung über Jahre – Umstrukturierung des Betriebs – Angebot einer geänderten Tätigkeit – Umzug erforderlich und internationale Tätigkeit – Aufhebungsvertrag – neue Tätigkeit nicht mit Kindererziehung vereinbar – betriebsbedingter Kündigung sollte zuvor gekommen werden – Verwirklichung eines eigenen Lebensrisikos von OLG angenommen – Nichtzulassungsbeschwerde erfolgreich – Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs durch das OLG nach Art. 103 Abs. 1 GG – für Zäsur im Zurechnungszusammenhang obliegt dem Beklagten die Beweislast – Beschluss des BGH vom 14.11.2017 – VI ZR 92/17 – DOK 010:06.1:095.1 [181 - 193](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)

- 08 Arbeitsunfall mit der Unfallfolge Knalltrauma – Kostenübernahme für eine hyperbare Sauerstofftherapie beantragt – Ablehnung des UVT – Kostenerstattung streitig nach selbstbeschaffter Sauerstofftherapie – Kostenerstattung abgelehnt – Sachleistungsprinzip in der GUV – Anspruch auf Kostenerstattung nur analog § 13 Abs. 3 SGB V – hier verneint – fehlender Wirksamkeitsnachweis für hyperbare Sauerstofftherapie – Urteil des SG Münster vom 05.04.2018 – S 3 U 11/16 – DOK 412.313:412.52 [495 - 499](#)
- 09 Minderung des Regressanspruchs des UVT bei Apothekenrechnungen – Geltendmachung einer Schadensminderungspflicht des UVT - § 116 Abs. 1 SGB X, § 254 BGB – Einkauf von Hilfsmitteln durch den Geschädigten über ein Vergleichsportal für Medikamente und Einkauf in einer Onlineapotheke verlangt – Unzumutbarkeit dieses Verlangens – keine Schadensminderungspflicht – Onlineeinkauf zu aufwändig – Bezahrisiko im Internet – keine Beratung durch Onlineapotheke – Verzugszinsen nach § 286 BGB – Urteil des AG Ravensburg vom 28.06.2018 – 10 C 802/17 – DOK 061:413.0:750.0:751 [503 - 509](#)
- 11 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am Ringfinger – Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – keine Mitwirkungspflicht der Verunfallten am Gaststättenbesuch – zufällig gebildete Teilnehmergruppe – Eigeninitiative der Teilnehmenden – kein Einfluss der Klinik darauf – Gaststättenbesuche gehören inhaltlich nicht in eine Therapiemaßnahme – Freizeitaktivität – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 23.03.2018 – L 8 U 3286/17 – DOK 311.151:374.287 [616 - 628](#)
- 11 Sturz einer Schülerin aus einem Eilzug – Hirnschäden und Verlust des Unterarms – Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß – Übergang der Ansprüche aus §§ 823, 843 BGB auf den UVT – § 116 SGB X – Gericht an Bescheid des UVT über Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß gebunden – § 118 SGB X – deshalb keine Entscheidung mehr des Gerichts über die [656 – 660](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- haftungsausfüllende Kausalität – Urteil des LG Frankfurt vom 05.09.2018 – 2-01 S 260/17 – DOK 413.7:750.0:753.3
- 12 Keine Erstattung von Parkgebühren anlässlich einer vom UVT bewilligten psychotherapeutischen Behandlung – kein Anspruch aus § 43 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 SGB VII – kein Anspruch aus UV-Reisekostenrichtlinien – nur Verwaltungsvorschrift – keine Außenwirkung – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 23.05.2018 – L 3 U 84/16 – DOK 410 [722 - 733](#)